



⇒ **Andreas Busen**

Woopies to the rescue! Emanuel Richter und seine Super-Senioren retten die Demokratie

Zu den wirklich vielen Dingen, die man bei der Lektüre von Emanuel Richters *Senioren-demokratie* lernt, gehören nicht zuletzt die Vielzahl von Wortschöpfungen und Akronymen, die offenkundig in der jüngeren Vergangenheit zur Identifikation der titelgebenden ›Senioren‹ geprägt worden sind: Diese reichen von den – im öffentlichen Diskurs vielleicht noch bekanntesten – ›Best Agers‹ und ›Silver Surfers‹ über die ›Empty Nesters‹ sowie die ›Angehörigen der zweiten Lebenshälfte‹ bis hin zu den ›Selpies‹ und ›Woopies‹ (*second life-people* bzw. *well-off-older-people*). Doch auch jenseits solcher Kuriosa erschließt Richters Studie das Thema in einer faszinierenden Bandbreite, die sich von der Diskussion umfangreicher empirischer Daten zur demographischen Entwicklung über die Auseinandersetzung mit dem Alter u.a. bei Elias Canetti, Jean Améry und Ernst Bloch bis hin zum kommunalpolitischen Beitrag von Seniorenbeiräten und Seniorenbüros in deutschen (Klein-)Städten erstreckt. Das Thema ›Senioren‹, so wird beim Lesen zunehmend deutlich, ist extrem facettenreich, aber gleichzeitig weitgehend unbekannt. Weil das Thema zudem – ungeachtet einer deutlich umfangreicheren Thematisierung etwa in der Soziologie (vgl. z.B. van Dyk/Lessenich 2009) – speziell aus politiktheoretischer Perspektive als weißer Fleck gelten kann, liest man *Senioren-demokratie* in jedem Fall mit großem Gewinn. Gleichzeitig resultiert aus dieser Konstellation aber auch ein grundlegendes Problem für das Buch: Es ist nämlich eigentlich viel zu kurz. Immer wieder werden durch Richters Ausführungen hochinteressante Punkte gerade erst sichtbar und beginnen sich Probleme und Fragen langsam in Konturen abzuzeichnen... und schon geht es mit einer neuen Facette weiter, über die man dann wiederum gerne sehr viel mehr lesen würde. Wenn Richter beispielsweise in einer der schwungvollsten Passagen

des Buches analysiert, wie Senioren »einem gesellschaftlich gefrönten Jugendkult« (107) anheimfallen, schmunzelt man zwar unweigerlich bei den entsprechenden Breitseiten gegen Nordic Walking & Co., würde aber doch

Emanuel Richter (2020): *Senioren-demokratie*. Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik, Berlin: Suhrkamp. 261 S., ISBN 978-3-518-29901-2, EUR 20,00.

DOI: [10.18156/eug-1-2021-rez-12](https://doi.org/10.18156/eug-1-2021-rez-12)

gerne mehr darüber erfahren, warum ein stärker als noch vor einigen Jahrzehnten ausgeprägtes Gesundheitsbewusstsein bei Senioren nicht auch als positive Entwicklung gesehen werden kann und was genau »die biologisch unabwendbare Stufenfolge von Generationen« ist, die dadurch mutmaßlich »vertuscht« wird (103). Dergestalt Interesse zu wecken und Nachfragen zu provozieren, spricht natürlich zunächst einmal für Richters Buch; und dass Fragen offenbleiben, scheint überdies unvermeidlich, wenn man ›Neuland‹ erschließt – und dies darüber hinaus wie Richter mit Unvoreingenommenheit, Neugier und einer entsprechend breiten Perspektive tut. Trotzdem bleiben insgesamt vielleicht doch etwas zu häufig Punkte nur angedeutet, weitreichende Schlussfolgerungen unzureichend begründet und zentrale Argumente zu knapp entwickelt.¹ Die Lektüre von *Seniordemokratie* beendet man deshalb mit gemischten Gefühlen – die sich vielleicht mit einer Tennis-Metapher auf den Punkt bringen lassen: Man hat zwar große Lust, den Ball zu retournieren, aber sehr deutlich das Gefühl, dass der erste Aufschlag hätte besser kommen können. Dass Richter seinen Leser:innen aber dennoch mehr als genug anregende und durchaus herausfordernde Denkipulse mitgibt, dürfte an den im Folgenden präsentierten Überlegungen – die sich vor allem auf die zentrale demokratietheoretische These des Buchs beziehen – sicherlich deutlich werden.

Somit also zum Inhalt: Richters Ausgangspunkt ist, wie auch der Untertitel bereits benennt, die mit guter Regelmäßigkeit in verschiedenen Kontexten thematisierte Überalterung der Gesellschaft. Während die damit referenzierte Zunahme des Anteils älterer Menschen innerhalb der Gesamtgesellschaft – die als sozialer Tatbestand gut belegt ist und hinsichtlich ihrer Ausprägung weiter zunehmen wird – häufig primär als Herausforderung für nationale Rentensysteme, das öffentliche Gesundheitswesen oder auch mit Blick auf Themen wie Altersarmut diskutiert wird, stellt sich Richter eine Reihe von bisher kaum thematisierten Fragen. Wenig überraschend angesichts des Titels geht es dabei vor allem um mögliche Auswirkungen im Bereich der Politik:

(1) Das ist insofern besonders unglücklich, weil es nicht selten relativ weitreichende, gleichzeitig aber – vorsichtig formuliert – ziemlich pauschal formulierte Aussagen und Schlussfolgerungen wie die folgende sind, die Richter dann ohne weitere Differenzierungen stehen lässt: »Insbesondere die weiblichen Mitglieder der Altersgruppe und die Senioren mit Migrationshintergrund bedürfen einer gezielteren Fürsorge, einer spezifischen Ansprache und einer behutsamen, aber nachdrücklichen Ermunterung zum politischen Engagement, weil sie vielfach aufgrund ihrer sozialen Lage und kulturellen Prägung die politische Betätigung scheuen.« (19)

Verschieben sich demokratische Mehrheiten zugunsten der Senioren und ihrer Gruppeninteressen? Inwiefern ist überhaupt mit einem (zunehmenden) politischen Engagement von Senioren zu rechnen bzw. was hält Senioren gegebenenfalls von einem solchen Engagement ab? Steht infolge der gesellschaftlichen Überalterung gar eine ›Gerontokratie‹ zu befürchten? Richters zentrale, auf den ersten Blick vielleicht überraschende oder aber zumindest sehr optimistisch wirkende These lautet dabei: »Die wachsende Zahl an Senioren kann [...] einen greifbaren demokratischen Gewinn erzielen und zu einer Stärkung der partizipativen Demokratie beitragen.« (10) Gerade angesichts einer vermehrten Infragestellung der Demokratie im Zuge populistischer Herrschafts- und Elitenkritik, einer zunehmenden Politikverdrossenheit und Zweifeln an der Berichterstattung unabhängiger Medien wie überhaupt an den Mechanismen öffentlicher Meinungsbildung könnte sich also, folgt man Richter, ausgerechnet eine Gruppe von Bürger:innen als Rettung erweisen, die – abgesehen von einigen berufspolitischen Granden – in der Politik sonst bisher kaum in Erscheinung zu treten scheinen. Nicht verschwiegen werden darf hier allerdings, dass Richter entsprechende Hoffnungen insofern selbst gleich wieder dämpft, als er klarstellt, dass mit der gesellschaftlichen Überalterung ein Gewinn für die Demokratie nur unter ganz bestimmten Bedingungen zu erwarten steht. Und tatsächlich nimmt die Suche nach ebendiesen Bedingungen bzw. die Identifikation möglicher Hürden für die ›Senioren Demokratie‹ – auf die später noch ausführlicher zurückzukommen sein wird – einen Großteil des Buches ein. Weil Richter im Zuge dessen nun so etwas wie eine ausführliche Bestandsaufnahme der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Lage von Senioren vornimmt, kann er auf dieser Basis auch ein zweites Versprechen der ›Senioren Demokratie‹ herausarbeiten: Diese stellt nämlich, wiederum die richtigen Bedingungen vorausgesetzt, neben einer Belebung der partizipativen Demokratie zusätzlich in Aussicht, problematische Aspekte der gegenwärtigen Lage von Senioren – wie Altersarmut, soziale Ungleichheit, aber auch unzureichend differenzierte Berücksichtigung der Interessen von Senioren bei politischen Entscheidungen sowie mangelnde gesellschaftliche Anerkennung – effektiv zu adressieren. Die von Richter angedachte politische Aktivierung der Senioren verspricht also nicht nur, auf der Input-Seite die Qualität demokratischer Praxis zu erhöhen, sondern *mutatis mutandis* gleich auch noch eine Reihe problematischer Unzulänglichkeiten auf der Output-Seite zu lösen. Gleichwohl liegt, wie auch im Folgenden deutlich werden sollte, der Schwerpunkt von Richters Argumentation fraglos auf dem ersten dieser beiden Versprechen.

Obwohl Richter diese zentrale demokratiethoretische These substantiell erst zum Ende des Buches entwickelt, ist man als Rezensent ja glücklicherweise nicht an die argumentative Chronologie gebunden. Insofern bietet es sich hier an, das Buch gewissermaßen von hinten aufzurollen und sofort einen genaueren Blick auf die normative Argumentation zugunsten der Seniorendemokratie zu werfen. Hierzu dürfte es sich anbieten, zunächst noch einmal Richters grundlegendes Verständnis von Politik und Demokratie zu klären. Wer die an anderer Stelle umfangreicher ausgebreiteten Ausführungen hierzu² nämlich nicht kennt, muss sich im vorliegenden Buch an einer Reihe eher verstreuter Formulierungen orientieren – die dafür aber teilweise umso schärfer ausweisen, »[w]er den Sinn der Demokratie und die Grundstruktur der Politik begriffen hat« (207) – und wer nicht. Normativ missverstanden haben Politik und Demokratie nach Richters Überzeugung all diejenigen, die darin ausschließlich den Wettstreit zwischen unterschiedlichen Partikularinteressen sehen. Wer Demokratie dagegen als offenes und andauerndes Projekt versteht, kann die politische Interaktion folgendermaßen beschreiben: »Man erkennt sich in der öffentlichen Sphäre als wechselseitig aufeinander bezogene Akteure, die eine gemeinsame Lebensbewältigung betreiben.« (162) »Die Politik«, so heißt es entsprechend an anderer Stelle, »beginnt mit der Identifizierung eines Volkes, das sich durch die kollektive Lösung von gemeinsamen Problemen zu einer Bürgerschaft formiert, und sie erstreckt sich bis zur Ausgestaltung des gesamten öffentlichen Lebens durch die mittelbare und unmittelbare Mitwirkung der Bürgerschaft« (212). Damit weist Richter liberal-individualistische Politikverständnisse offenkundig ebenso zurück wie agonistisch-radikaldemokratische Modelle, während ihn die Betonung von kooperativer Gemeinwohlientifikation und -orientierung zunächst in die Nähe von stärker konsensorientierten Demokratiemodellen (wie etwa in verschiedenen Spielarten der deliberativen Demokratiethorie) zu rücken scheint. Innerhalb des gegenwärtigen demokratiethoretischen Mainstreams hat es sich weitgehend durchgesetzt, Gemeinwohlorientierung und Bürgertugenden gewissermaßen zu entsubstanzialisieren und stattdessen auf institutionelle und prozedurale Instrumente zu setzen, die die demokratische Qualität politischer Entscheidungen sicherstellen sollen – und zwar ohne von den einzelnen Bürger:innen zu verlangen, individuell so etwas wie Gemeinsinn oder

(2) Siehe insbesondere Richter 2016; vgl. hierzu auch das entsprechende Buchforum auf dem Theorieblog: <https://www.theorieblog.de/index.php/2017/03/buchforum-zu-emanuel-richters-demokratischer-symbolismus/>.

ein demokratisches Ethos zu kultivieren oder sich aktiv politisch zu engagieren (oder sich auch nur politisch zu interessieren).

Bemerkenswert ist nun, dass sich Richter hier aber nicht einreicht, sondern sympathischerweise an der (in unterschiedlicher Akzentuierung u.a. von »kommunitaristischen« Autoren wie Charles Taylor oder Benjamin Barber vertretenen, vgl. Taylor 2002; Barber 1994) Idee festhält, dass Demokratie auf Dauer nur funktionieren kann, wenn sie von Bürger:innen getragen wird, die sich der Demokratie dergestalt verpflichtet fühlen, dass sie bereit sind, sich nicht nur in demokratische Politik aktiv einzubringen, sondern dabei stets die gesamte Bürgerschaft im Blick zu haben. Wie sich Richter eine entsprechende Orientierung der Bürger:innen vorstellt, wird etwa an seiner Charakterisierung des Wohlfahrtsstaates als »Programm einer intra- und intergenerationellen Gemeinwohlförderung« deutlich (189): Damit die entsprechenden Formen der Umverteilung zwischen (Alters-)Gruppen von allen Bürger:innen langfristig mitgetragen werden, so lässt sich Richter hier verstehen, müssen diese neben ihren jeweils eigenen Interessen und Bedürfnissen auch diejenigen anderer gesellschaftlicher Gruppen als berechtigt anerkennen und unterstützen. Zumindest im hier besprochenen Buch finden sich allerdings keine systematischen Hinweise darauf, woraus eine solche Gemeinwohlorientierung auf Seiten der einzelnen Bürger:innen resultieren soll bzw. kann. Es liegt aber – ausgehend etwa von den bereits angesprochenen Feststellungen zu Politik und Demokratie – nahe, dass Richter hier von einem engen Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und politischer Partizipation einerseits und der Herausbildung einer Gemeinwohlorientierung andererseits ausgeht. Wo Mitglieder unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen im Rahmen einer solchen Partizipation aufeinandertreffen und interagieren, so die Annahme, erkennen sie, dass sie gleichermaßen an einem gemeinsamen politischen Projekt arbeiten und insofern miteinander verbunden und aufeinander verwiesen sind. Gerade wenn aber die tatsächliche Partizipation eine dergestalt zentrale Rolle hinsichtlich der Herausbildung und Aufrechterhaltung von so etwas wie einem demokratischen Ethos spielt, scheint das mit Blick auf die einzelnen Bürger:innen durchaus viel verlangt.

Richter scheint auch selbst anzuerkennen, dass die Hürden für aktive politische Partizipation in vielen Lebenslagen sehr hoch sind bzw. dass hierfür eine erhebliche Motivation nötig ist. Genau hier setzt nun aber die zentrale These zur »Senioren-demokratie« ein: Bei den Senioren handelt es sich nämlich, so Richters Idee, nicht nur um eine bis-

her vernachlässigte, aber effektiv ›aktivierbare‹ Gruppe, die insofern – nicht zuletzt aufgrund ihrer relativen (und wachsenden) Größe – den Grad der gesamtgesellschaftlichen Partizipation deutlich erhöhen kann. Erst einmal entsprechend aktiviert, können sie darüber hinaus auch eine produktive Doppelfunktion für die Demokratie ausfüllen – nämlich als eine Art partizipatorischer Avantgarde sowie als advokatorische Stellvertretung für andere Teile der Gesellschaft, denen eine entsprechende Partizipation (noch) nicht möglich ist. Wie weitgehend und konkret Richters Hoffnungen diesbezüglich sind, machen entsprechende Formulierungen unmissverständlich deutlich: Mit Blick auf die Funktion als »Avantgarde vermehrter Bürgerpartizipation« verspricht sich Richter von einer verstärkten politischen Aktivität von Senioren »einen kraftvollen basisdemokratischen Impuls« (241), der es vermag, »der Bürgerbeteiligung neuen Auftrieb zu verleihen und den Anteil der ›Laienpolitik‹ in den verkrusteten repräsentativen Entscheidungsstrukturen der Politik drastisch zu erhöhen« (213). Und »als freiwillige Sachverwalter für die vielfältigen Belange aller Altersgruppen« (201) können Senioren, indem sie »eine Art politischen Bereitschaftsdienst der spontanen Partizipation, Demonstration und Intervention« übernehmen, »als besonders wachsender, engagierter Teil der Bürgerschaft hervortreten« (210) – und haben es damit auch »in der Hand, eine stärkere Berücksichtigung von Bürgerinteressen jeglicher Herkunft [...] einzuleiten« (241). Für Richter hat also, so dürfte die Wortwahl deutlich machen, ein verstärktes politisches Engagement ganz klar das Potenzial, die (partizipatorische) Demokratie zu retten – und das sogar mit mehr oder weniger sofortiger Wirkung: Denn auch wenn das praktische Vorbild der Senioren möglicherweise erst mit einiger zeitlicher Verzögerung eine breitere gesellschaftliche Partizipation inspirieren mag, stehen trotzdem für alle gesellschaftlichen Gruppen sofortige demokratische Gewinne dort zu erwarten, wo Senioren sich im Rahmen einer aufgeklärten Gemeinwohlorientierung für ihre Belange einsetzen bzw. in ihrem Namen die politische Entscheidungsfindung kritisch begleiten.

So originell wie demokratietheoretisch nachgerade erfrischend diese Thesen sind, laden sie doch auch zu einer Reihe von grundlegenden Nachfragen ein – die durchaus dazu angetan sind, das gesamte Projekt der ›Senioren Demokratie‹ in Zweifel zu ziehen. Ganz besonders betrifft dies die Rolle, die Richter den Senioren zudenkt. Ist wirklich zu erwarten, dass Senioren sich verstärkt und in der von Richter imaginierten Weise politisch engagieren? Und mit welcher Begründung lässt sich die von Richter umrissene Aufgabe den Senioren zuschreiben? Immerhin formuliert Richter damit ja ein Bürgerideal, das, wie

oben angedeutet, im demokratiethoretischen Mainstream weitgehend als deutlich zu anspruchsvoll angesehen wird. Insofern die Last der entsprechenden Bürgertugenden bei Richter (zunächst) allein von einer partikularen Gruppe, nämlich den Senioren, getragen werden soll, ließe sich zwar argumentieren, dass damit der jüngere Großteil der Bürgerschaft gerade von (zu) substanziellen Bürger:innenpflichten entlastet wird. Umso mehr fragt man sich dann aber, ob dafür im Gegenzug von den Senioren nicht deutlich zu viel erwartet wird. Richter weist hier zunächst darauf hin, dass sich aus der Betrachtung real existierender politischer Beteiligung von Senioren (etwa im Rahmen der bereits angesprochenen Seniorenbeiräte und Seniorenbüros), der er im Buch eines der insgesamt vier Oberkapitel fast vollständig widmet, durchaus Hinweise auf eine entsprechende Bereitschaft auf Seiten der Senioren gewinnen lassen. Zwar stünden hier vielfach als originäre Motivation für das Engagement »nach wie vor die spezifischen Probleme der eigenen Altersgruppe im Vordergrund« (185), es sei aber zu beobachten, dass viele Senioren im Zuge eines entsprechenden Engagements politische Partizipation an sich als wertvoll erfahren. Gleichwohl muss Richter aber einräumen, dass mit Blick auf die von ihm vorgestellte breite politische Partizipation ein großer Teil der Senioren erst noch »zu ermuntern« ist (217).

Nun lässt sich aber natürlich zurückfragen, warum Senioren denn überhaupt dergestalt »ermuntert« werden sollten. Wieso soll es Senioren nicht freistehen, ihren Ruhestand wortwörtlich in Ruhe zu verbringen und sich neben den Anforderungen des Berufslebens auch etwaigen Bürger:innenpflichten weitgehend zu entziehen? Selbst wo man, wie Richter, ein relativ anspruchsvolles Idealbild des engagierten Bürgers zeichnet, wäre dies ja durchaus vereinbar mit einer Erleichterung der entsprechenden Pflichten für Bürger:innen im Ruhestand. Richter stellt eine solche Argumentation allerdings nachgerade auf den Kopf. Vielmehr geht er nämlich mit Blick auf die Senioren von einer besonderen »altersbedingten Verfügbarkeit für bürgerschaftliche Aufgaben« aus (210). Sofern Senioren grundsätzlich »über eine hinreichende materielle Versorgung, über den gebührenden sozialen Status und über ausreichende körperliche wie mentale Kräfte verfügen, um sich als bürgerschaftliche Akteure um die öffentlichen Belange besonders intensiv kümmern zu können«, so argumentiert Richter, »erwächst daraus tatsächlich eine gruppenspezifische politische Verantwortung« (208; Herv. A.B.). Berücksichtigt man, dass Richter außerdem fordert, die genannten Voraussetzungen durch entsprechende wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen möglichst für alle Senioren zu garantieren, wird deutlich, dass die »Aktivierung« von Senioren für die

Demokratie für ihn nicht einfach nur *nice to have* ist, sondern eine starke normative Forderung darstellt – die einerseits die angesprochenen politischen Maßnahmen begründet und andererseits den Senioren eine gegenüber ihren jüngeren Mitbürger:innen exklusive Verantwortung auferlegt. Das Credo lautet dementsprechend: »Die Senioren können und *sollten* sich politisch mehr einbringen.« (208; Herv. A.B.) Wie ist diese weitgehende normative Forderung aber selbst begründet? Richter scheint davon auszugehen, dass eine allgemeine bürgerliche Verantwortung, die im Rahmen seines partizipatorischen Modells aus dem Wert der Demokratie resultiert, den Senioren in besonderem Maße zukommt, weil sie in besonderem Maße ›verfügbar‹ sind. Dabei bezieht sich diese ›altersbedingte Verfügbarkeit‹ augenscheinlich vor allem – oder eigentlich sogar exklusiv? – auf Zeit-Ressourcen: Befreit von den Anforderungen des Berufslebens, elterlichen Pflichten usw. haben Senioren einfach mehr Zeit als ihre jüngeren Mitbürger:innen, und diese Zeit können und sollten sie zum Wohle der Demokratie nutzen. Nun ließe sich zunächst einmal nachfragen, ob es nicht vielleicht auch andere gesellschaftliche Gruppen oder auch Einzelpersonen gibt, die in ähnlicher Weise umfangreichere Zeit-Ressourcen als ihre Mitbürger:innen aufweisen und dementsprechend gemäß der hier in Anschlag gebrachten Logik ebenfalls eine größere Verantwortung für die Demokratie zu tragen hätten. Hierfür wäre aber eine differenzierte Betrachtung der relativen partizipatorischen ›Verfügbarkeit‹ ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Lebenslagen notwendig, die aber in Richters Buch keinen Raum hat.

Entscheidender ist dann an dieser Stelle ohnehin der Hinweis darauf, dass – ohne hier das große Wort vom naturalistischen Fehlschluss zu schwingen – aus dem Faktum der ›Verfügbarkeit‹ von Senioren (also dem Umstand, dass sie typischerweise mehr Zeit zur freien Verfügung haben als jüngere Mitbürger:innen) allein noch keine besondere Verantwortung erwächst, und zwar auch dann nicht, wenn man von einer allgemeinen Verantwortung der Bürger:innen für die Demokratie ausgeht. Bei genauerer Betrachtung steht allerdings zu vermuten, dass der ausschlaggebende Grund dafür, weshalb in Richters ›Seniordemokratie‹ Bürger:innen im Ruhestand eine besondere Verantwortung übernehmen sollen, letztlich in dem Umstand liegt, dass die gesamtgesellschaftliche Bürger:innenpartizipation ungenügend ausgeprägt ist. Nicht zuletzt dort, wo Senioren in Richters Vorstellung auch die Belange anderer gesellschaftlicher Gruppen vertreten sollen, wird unzweideutig klar: Senioren übernehmen eine Art partizipatorischer Ausfallbürgerschaft. Zwar räumt Richter, wie gesagt, selbst ein,

dass einige Senioren dazu erst noch durch staatliche Hilfe in die Lage versetzt werden müssen. Sind sie aber erst einmal entsprechend ausgestattet, gilt: Super-Senioren retten die Demokratie! Wie bei allen Superhelden stellt sich aber auch hier die Frage, ob von ihnen nicht doch zu viel erwartet wird – und ob sie nicht vielleicht weniger dringend gebraucht würden, wenn die restliche Bevölkerung sich ein bisschen mehr Mühe geben würde. Hier wird besonders deutlich, dass Richters Fokus auf die Senioren immer wieder dazu führt, dass mit Blick auf Herausforderungen für die Demokratie zu schnell die politische Aktivierung von Senioren als ›Lösung‹ identifiziert wird – die zudem isoliert von ergänzenden oder alternativen Ideen betrachtet wird, wie auch in anderen Teilen der Gesellschaft eine Wiederbelebung der Demokratie angeregt werden könnte. Wäre es nicht möglich, beispielsweise durch entsprechende politische Maßnahmen auch in anderen Altersgruppen Anreize für eine verstärkte politische Partizipation zu schaffen – so dass die Verantwortung, die bei Richter primär die Senioren zu tragen haben, vielmehr gesamtgesellschaftlich verteilt wird? Wie bereits angesprochen räumt Richter durchaus ein, dass Senioren zwar mit umfangreichen zeitlichen Ressourcen ausgestattet sind, ihre erfolgreiche Aktivierung aber trotzdem nur durch staatliche Maßnahmen zu erreichen ist, welche die »materielle Versorgung« sowie »den gebührenden sozialen Status« sicherstellen (208), die für effektive politische Partizipation notwendig sind. Ließe sich aber nicht auch über entsprechende Maßnahmen nachdenken, die ein solches partizipatorisches ›Empowerment‹ altersunabhängig für alle Bürger:innen ermöglichen – beispielsweise in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens (vgl. etwa Hirsch 2016, insbes. Kap. 4)? Durch eine dergestalt breite Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten könnten die extrem hohen Erwartungen an die Senioren gesenkt bzw. auf die gesamte Bürger:innenschaft verteilt werden. Nicht zuletzt müssten sich Senioren dann nicht jenseits ihrer eigenen Interessen- und Problemlagen zusätzlich um die Repräsentation der Belange anderer sozialer bzw. Alters-Gruppen kümmern, sondern umgekehrt wären letztere in der Lage, sich mit ihrer eigenen Stimme in die demokratische Entscheidungsfindung einzubringen. Zwar argumentiert Richter, wie bereits thematisiert, dass ein politisches Engagement von Senioren neben einer allgemeinen Stärkung der Demokratie gleichzeitig auch eine effektive Adressierung der – sich im Zuge der gesellschaftlichen Überalterung verschärfenden – gruppenspezifischen Probleme der Senioren verspricht. Doch weder würde ein breiteres partizipatorisches ›Empowerment‹ Senioren davon abhalten, sich wie von Richter angedacht für ihre Belange einzusetzen, noch

sind Senioren die einzige soziale Gruppe, die sich in gegenwärtigen Gesellschaften mit dringlich zu adressierenden Problemlagen konfrontiert sieht. Warum sollten aber nicht auch diese Gruppen gleichermaßen in die Lage versetzt werden, aktiv für ihre Belange einzutreten?

Dass Senioren einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Praxis leisten und diese sogar grundlegend verändern können, ist eine Einsicht, hinter die man nach der Lektüre von *Seniorenendemokratie* eindeutig nicht zurück kann. Neben den zahlreichen Argumenten und Perspektiven in Richters Buch, an die zweifellos produktiv angeschlossen werden kann (und hoffentlich innerhalb der Politischen Theorie angeschlossen werden wird), darf aber eine weitergehende kritische Befragung des Verhältnisses zwischen politisierten Senioren und dem Rest der Bürger:innenschaft nicht ausbleiben. Richter selbst, so kann hier als Fazit festgehalten werden, setzt jedenfalls zu sehr auf die Superkräfte von Senioren – die aber möglicherweise gar nicht so sehr gebraucht würden, wenn man die Rolle der Senioren von vornherein im Zusammenhang mit Wegen und Möglichkeiten zur politischen Aktivierung der übrigen Bürger:innenschaft diskutieren würde. Welche Perspektiven sich hieraus ergeben könnten, und warum diese in *Seniorenendemokratie* aber nicht einmal in Konturen sichtbar werden, kann hier abschließend anhand von zwei Herausforderungen illustriert werden, die Richter für die beiden zentralen Hürden auf dem Weg zur »Seniorenendemokratie« hält.

Die erste dieser beiden Hürden ist hier bereits indirekt angesprochen worden und stellt sich als ein Szenario dar, in dem zwar tatsächlich ein großer Teil der Senioren politisch aktiv wird, dabei aber relativ eng nur gruppenspezifische Interessen verfolgt. Bedenkt man zusätzlich, dass in Folge des sich fortsetzenden demographischen Trends Senioren in vielen Staaten einen ganz erheblichen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen werden, dann, so befürchtet Richter, »droht substantiell wie zahlenmäßig eine *Gerontokratie*« (190; Herv. i.O.). Wie oben geschildert ist Richters Hoffnung, dass dieses Szenario abgewendet werden kann, wenn Senioren – mutmaßlich im Rahmen ihrer konkreten Partizipationserfahrungen – eine Art emphatisches Verständnis für andere Gruppen entwickeln, mithin »*intergenerationale Solidarität* als demokratische Grundhaltung«, als »die konsequente und naheliegende Handlungsorientierung« erkennen (208; Herv. i.O.). Inwiefern und auf welcher Basis eine solche Hoffnung berechtigt sein könnte, mag fraglich sein, soll hier aber nicht weiter

vertieft werden.³ Bemerkenswert ist aber vor allem, dass Richter mit Blick darauf, wie die Gefahr einer Gerontokratie gebannt werden kann, die unzureichende demokratische Partizipation großer Teile der Gesellschaft scheinbar als unveränderliches Faktum hinnimmt und stattdessen darauf baut, Senioren Superkräfte entwickeln zu lassen (denn wie sonst sollte man »intergenerationelle Solidarität« als eine in der Breite der Altersgruppe nachhaltig ausgeprägte Handlungsorientierung nennen?). Müsste man den einzelnen Bürger:innen (und dementsprechend auch: den einzelnen Senior:innen) aber nicht deutlich weniger abverlangen, wenn das Projekt der Rettung der Demokratie von vornherein auf mehrere – auch jüngere – Schultern gestützt würde?

Die zweite Hürde manifestiert sich als die Gefahr, dass sich im Rahmen einer Politisierung der Senioren ein sich bereits ankündigender »sozialer Spaltpilz« (63) dergestalt auswirkt, dass die politische Repräsentation von Senioren faktisch von den partikularen Interessen einer privilegierten Sub-Gruppe – den »bessergestellten, gebildeten, selbstbewusst auftretenden Senioren« (202) – bestimmt wird. Richter gewinnt und begründet diese Sorge auf der Basis einer so umfangwie aufschlussreichen Auseinandersetzung damit, wie soziale Ungleichheiten, Geschlechterdifferenzen und kulturelle Unterschiede dazu führen, dass erhebliche Teile der Gruppe der Senioren marginalisiert werden, in der öffentlichen Wahrnehmung nicht auftauchen und nur geringe Möglichkeiten zur politischen Partizipation haben. Aus ebendieser Sorge wird auch Richters Insistieren auf der Notwendigkeit politischer Maßnahmen zur politischen Aktivierung von Senioren besser verständlich. Konkret geht es ihm nämlich um »eine entschlossene[] Gleichheitspolitik« in Form »eine[r] wohlfahrtsstaatliche[n] Rahmung des Seniorendaseins, die möglichst viele Senioren dazu befähigt, sich jenseits ihrer Sorge um das materielle Auskommen politisch zu engagieren« (209). Auch an dieser Stelle beschleicht einen allerdings das Gefühl, dass hier zur Rettung der Demokratie

(3) Substantiieren ließe sich Richters Hoffnung möglicherweise mit dem Hinweis darauf, dass Senioren die einzigen Gesellschaftsmitglieder sind, die alle anderen Alters- bzw. Lebensphasen bereits selbst praktisch durchlebt haben und sich insofern potenziell besonders gut in die konkrete Lage der Mitglieder anderer Generationen hineinversetzen können. Gleichzeitig ist aber einzuräumen, dass die persönliche Empirie all derer, die etwa als berufstätige Eltern schon einmal Ratschläge (beispielsweise zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Kindererziehung oder der Schulwahl) von der eigenen Elterngeneration erhalten haben, bisweilen darauf hindeutet, dass die Erinnerungen an die entsprechenden eigenen Erfahrungen weder immer ganz frisch noch unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendig erhellend sind.

den Senioren ein ›Power-Up‹ zugestanden wird, das dem Rest der Bevölkerung vorenthalten bleibt. Dabei analysiert Richter ja völlig treffend selbst, dass die Gefahr eines sozialen Spaltpilzes unter den Senioren in praktisch jeder Hinsicht eine Folge von Dynamiken ist, die sich nicht erst im Alter, sondern insbesondere im sogenannten ›Erwerbsleben‹ entfalten. Soziale Ungleichheit unter den Senioren ist, anders formuliert, in erster Linie das Fortwirken sozialer Ungleichheit vor dem Ruhestand – wenn auch gegebenenfalls unter leicht veränderten Vorzeichen. Warum sollte diese Ungleichheit aber erst im Alter durch entsprechende politische Maßnahmen adressiert werden? Verzerrt diese Ungleichheit nicht schon deutlich früher unter anderem die Chancen auf politische Partizipation? Ließe sich diese Ungleichheit schon ›im Erwerbsleben‹ durch entsprechende politische Maßnahmen effektiv bekämpfen, stünde sogar in Aussicht, die von Richter angedachten, auf Senioren zugeschnittenen Maßnahmen überflüssig zu machen. Nun würde es sicherlich einige Zeit dauern, bis solche Bemühungen derart nachhaltige Wirkung zeigen, dass partizipationshemmende bzw. verzerrende soziale Effekte so weit beseitigt oder zumindest ausgeglichen wären, dass tatsächlich alle Bürger:innen als Gleiche das Projekt der Demokratie mitgestalten können. Und bis dahin könnten Richters Super-Senioren vielleicht wirklich gebraucht werden. Klar wäre dann aber trotzdem, dass die von Richter angedachte Form einer von Senioren getragenen Demokratie letztlich nur eine Übergangsphase darstellt, an deren Ende die heldenhaften Senioren dann aber doch guten Gewissens in den Sonnenuntergang reiten dürften.

⇒ Literaturverzeichnis

Barber, Benjamin (1994): *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*, Hamburg: Rotbuch.

Dyk, Silke van / Stephan Lessenich (Hg.) (2009): *Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur*, Frankfurt a.M. / New York: Campus.

Hirsch, Michael (2016): *Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft. Eine politische Philosophie der Arbeit*, Wiesbaden: Springer.

Richter, Emanuel (2016): *Demokratischer Symbolismus. Eine Theorie der Demokratie*, Berlin: Suhrkamp.

Taylor, Charles (2002): *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Andreas Busen, *1981, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Politikwissenschaft, insbesondere »Geschichte und Theorie politischen Denkens«, Universität Hamburg (andreas.busen@uni-hamburg.de).

Zitationsvorschlag:

Busen, Andreas (2021): Rezension: Woopies to the rescue! Emanuel Richter und seine Super-Senioren retten die Demokratie. (Ethik und Gesellschaft 1/2021: Pandemie-Nach-Denken). Download unter:
<https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2021-rez-12> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für soziaethik

1/2021: Pandemie-Nach-Denken

Gregor Buß: Blinde sehen – Lahme gehen – Stumme reden. Sozialethische Lehren aus der Corona-Pandemie auf dem afrikanischen Kontinent

Jürgen P. Rinderspacher: Zeitliche Herausforderungen und neue Zeiterfahrungen in der Corona-Krise

Sarah Jäger: A woman's work is never done?! Care-Arbeit und Geschlecht in der Coronapandemie aus evangelisch-theologischer Perspektive

Stephan Rixen: Die »Bundesnotbremse« – Überlegungen zur verhältnismäßigen Beschränkung von Grundrechten

Julius Heinicke: Politisch abhängig, doch lebensnotwendig: Kulturpolitische Beobachtungen der Kunstlandschaft in Zeiten der Krise

Urban Wiesing, Daniel Becker, Philip Hahn, Henning Tümmers, Christoph Dominik Blum: Wissenschaftliche (Politik-)Beratung in Zeiten von Corona: Die Stellungnahmen der Leopoldina zur Covid-19-Pandemie